

Politik | Entwicklungshilfe: Ist der Kuchen zu klein, zu gross oder falsch aufgeteilt?

Wie viel solls denn sein?

WALLIS | Elf Milliarden Franken will der Bundesrat zwischen 2017 und 2020 für die internationale Zusammenarbeit ausgeben. Speziell für die Sparte Entwicklungshilfe würden somit 0,48 Prozent des Bruttonationaleinkommens aufgewendet. Nicht alle sind damit zufrieden.

«Internationale Zusammenarbeit» – darunter fallen etwa die Posten für Entwicklungshilfe, humanitäre Hilfe, wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen, Osthilfe oder erstmals auch die zivile Friedensförderung. 2,5 bis 2,7 Milliarden Franken jährlich soll dies der Schweiz wert sein, so zumindest die Ansicht des Bundesrates.

Mit 60 Prozent oder 6,6 Milliarden Franken schlägt dabei die Entwicklungshilfe zu Buche. Der Betrag liegt mit 0,48 Prozent des Bruttonationaleinkommens knapp unter dem bereits früher vom Parlament beschlossenen Zielwert von einem halben Prozent.

Zu viel, zu wenig, zu unklar

Trotzdem oder – je nach Lesart – gerade deswegen ist der bundesrätlichen Botschaft von verschiedenen Seiten Kritik erwachsen. Die SVP moniert die Ausgabensteigerung von 2,7 Prozent, welche das Budget vorsehe. Zudem wolle der Bundesrat nur einen Sechstel der Summe auf die «Bewältigung der Migrationsströme» verwenden. Die Partei fordert eine effiziente Hilfe vor Ort, ausserdem sollen die Kosten des Asylwesens ebenfalls der Quote der Entwicklungshilfe angerechnet werden. Nicht von der Entwicklungshilfe profitieren sollen schliesslich jene Staaten, welche mit der Schweiz keine Rückübernahmeabkommen abgeschlossen haben.

Unzufrieden ist auch die CVP. Laut einer Pressemitteilung erachtet sie die Mittelzuteilung als «enttäuschend unklar». Der Bundesrat habe es verpasst, aufzuzeigen, wofür genau die eingeplanten Gelder eingesetzt würden.

Schliesslich sind auch verschiedene Hilfswerke nicht glücklich, wenn auch freilich aus anderen Gründen: Mit der bundesrätlichen Planung von einem halben Prozent sei das von der UNO festgelegte 0,7-Prozent-Ziel in weite Ferne gerückt. Zudem reagiere der Bundesrat vermehrt auf Krisen (für die humanitäre Hilfe sind 2,1 Milliar-

den Franken vorgesehen), statt diese mit vorausschauendem Handeln zu verhindern, erklärte etwa die Arbeitsgemeinschaft Alliance Sud.

Vom Wert der Entwicklungshilfe

Mit rund einem halben Prozent entspreche der Betrag dem, was das Parlament früher entschieden habe. Sie sei deshalb zufrieden, informiert CVP-Nationalrätin Viola Amherd. Um anzufügen: «Wenn unser Land sich das nicht leisten kann, wüsste ich nicht, wer es sonst kann.»

Ihr widerspricht Kollege Franz Ruppen: «In Zeiten, in denen etwa bei Armee und Landwirtschaft an allen Ecken und Enden gespart werden muss, ist diese Ausgabensteigerung von 2,7 Prozent nicht nachvollziehbar», so der SVP-Mann. Er verweist auf die langfristig angespannte Finanzlage beim Bund sowie auf den Umstand, dass auch die Kosten im Asylbereich am Steigen seien. Dieser Posten sei schliesslich ebenfalls mit der Thematik verwandt.

Auf der gegenüberliegenden Seite des ideologischen Spektrums politisiert derweil SP-Nationalrat Mathias Reynard. «Dieselben, die im Wahlkampf immer und immer wieder betont haben, dass man den Menschen vor Ort helfen solle, damit sie nicht hierherkämen, fordern nun, dass ebendiese Hilfe vor Ort auch gekürzt wird. Das ist überhaupt keine Kohärenz», ärgert er sich.

Dass sich die Walliser Nationalräte nicht einig sind, liegt wohl auch in der Tatsache begründet, dass sie die Effizienz der Entwicklungshilfe sehr unterschiedlich beurteilen. Während Ruppen festhält, dass in den letzten Jahrzehnten viele Gelder versickert seien, ohne dass es grosse Fortschritte gegeben habe, ist Amherd anderer Meinung: Sie sei zu 100 Prozent davon überzeugt, dass sich langfristige Investitionen, beispielsweise in Bildung und Ausbildung, auszahlen würden. Anlässlich eines Besuchs in Myanmar habe sie selbst miterlebt, wie ein Schweizer Hilfswerk der Bevölkerung geholfen habe, demokratische Strukturen in ihrem Dorf zu implementieren.

Rückübernahmebedingung als «Bumerang»?

Obwohl es natürlich beides benötige, gibt sowohl Amherd als auch Reynard



Rotes Kreuz in Genf. Humanitäre Nothilfe oder langfristige Entwicklungsprojekte priorisieren? Auch darüber scheiden sich die Geister.

FOTO KEYSTONE

der langfristigen Entwicklungshilfe den Vorzug gegenüber der Nothilfe. Die Staaten sollten befähigt werden, sich selbst zu helfen.

Hilfe zur Selbsthilfe – dagegen hat prinzipiell natürlich auch Ruppen nichts einzuwenden. Für ihn, der an der Effizienz von Hilfsprojekten zweifelt, ist aber auch klar: «Schwerpunkt muss die humanitäre Nothilfe sein. Wer schnell hilft, hilft doppelt.»

Ob die Entwicklungshilfe wie von der SVP gefordert nur jenen Staa-

ten zugutekommen soll, welche mit der Schweiz ein Rückübernahmeabkommen unterzeichnet haben – naturgemäss gehen die Meinungen auch hier wieder auseinander. Ruppen etwa bezweifelt, dass die fraglichen Staaten bereit wären, auf Entwicklungshilfe aus der Schweiz zu verzichten.

Davon nichts hören will Reynard. Die Schweiz tue ihr Bestes, solche komplizierten Verhandlungen zu führen. Dabei dürfe die SVP nicht vergessen: «Als Blocher Justizminister

war, hat er kein einziges Rückübernahmeabkommen geschlossen.»

Weniger dogmatisch sieht Amherd die Sache: «Sanfter Druck» sei zwar angezeigt. Ob ein Rückübernahmeabkommen allerdings Bedingung für Entwicklungshilfe sein soll, bezweifle sie. «Oft ist die Situation nämlich genau in diesen Ländern so schlimm, dass die Bevölkerung unsere Hilfe bräuchte. Wenn wir da nicht helfen, könnten noch mehr fliehen – das Ganze erwiese sich als Bumerang.» **pac**

KOMMENTAR

Gut investierte Gelder

Elf Milliarden Franken, das tönt nicht nur nach viel, es ist es auch. Auch über vier Jahre gesehen. Allerdings: Pro Tag und Einwohner entspricht dies weniger als einem Franken, den sich die Schweizer die internationale Zusammenarbeit kosten lassen.

Zum Vergleich: Die AHV kostet jeden Einwohner rund 14 Franken pro Tag. Mit ihr sichern wir eine Institution, die uns im Alter ein vergleichsweise angenehmes Leben ermöglicht. Das ist absolut legitim. Gerechtfertigt ist es aber auch, wenn wir einen Bruchteil dieses Betrags darauf verwenden, dass die Bevölkerung in Drittweltländern wenigstens irgendwie überleben kann. Das gilt nicht nur für die Schweiz. Das – im weltweiten Vergleich – reiche Europa sollte es sich nicht leisten, knauserig zu sein. Ist eine Region «stabil», kann dies eine Flüchtlingskrise verhindern helfen. Nicht die heutige. Aber vielleicht eine in 20 oder 50 Jahren.

Fabio Pacozzi